

KOLUMBIEN: ARMUT UND GEWALT VERDRÄNGEN UMWELTFRAGEN

Carsten Wieland

Die Kolumbianer, die in einem der artenreichsten Länder der Erde leben, zeigen im Verhältnis zu ihrer Umwelt viele Widersprüche. Einerseits wird in Bogotá und in anderen Städten seit mehreren Jahren ununterbrochen jeden Sonntag die halbe Stadt für Autos gesperrt, und Arme wie Reiche, Junge wie Alte radeln auf den breiten Betonpisten, wo sonst die rauchenden Schlotte überalterter Busse täglich den Himmel verdunkeln. Die inzwischen legendäre Ciclovía hatte in den 90er Jahren der konservative Bürgermeister Bogotás und spätere Außenminister Augusto Ramírez Ocampo eingeführt.

Weitere grüne Maßnahmen, die im Alltag auffallen, sind strengere Abgasregeln für Autos seit diesem Jahr, rotierendes Fahrverbot für Privatfahrzeuge mit geraden und ungeraden Ziffern auf dem Nummernschild (Pico y Placa), der steigende Einsatz von Gasantrieb in Taxis, der Abriss von schäbigen Stadtvierteln und das Anlegen von Parks, der Bau von Fahrradwegen, zumindest symbolische Mülltrennungen in einigen Gebieten und erste Aufforderungen von Supermarktketten, weniger Plastiktüten zu verbrauchen.

KLIMA-DEBATTE OHNE PRIORITÄT

Diese einzelnen Fortschritte lassen jedoch nicht auf ein politisches Gesamtkonzept schließen, in dem der Umweltschutz eine herausgehobene Rolle spielen würde. Weder in der Tagespolitik noch in der öffentlichen Debatte wird der drohende Klimawandel sichtbar. Die Medien berichten spärlich über das Thema. Wenn über Umweltschutz diskutiert wird, dann meist über lokale Probleme wie über Maßnahmen zur Reduzierung von Abgasen in Großstädten oder über die Reinigung von stark verschmutzten Gewässern.

Dominierende Sorgen der Kolumbianer sind weiterhin der seit 50 Jahren andauernde bewaffnete Konflikt und die drängende soziale Frage. Die Prioritäten haben sich jedoch verschoben. Seit dem Amtsantritt von Präsident Alvaro Uribe 2002 ist die Sorge um die soziale Kluft in der Gesellschaft gewachsen; Themen wie Armut, Erziehung, Gesundheitsfürsorge stehen für 92 Prozent der Kolumbianer an erster Stelle. Vor fünf Jahren waren es nach einer Umfrage der Zeitschrift *Semana* vom Mai 2007 noch 51 Prozent. Die Gewalt im Land stellt nur noch für 76 Prozent eine große Sorge da (statt 92 Prozent vor fünf Jahren). Das ist ein klarer Erfolg für Uribes Sicherheitspolitik, die nun den politischen Freiraum schafft, sich endlich mit den an-

deren drängenden Themen des Landes auseinanderzusetzen, die bisher von keiner Regierung gelöst wurden. Der Umweltschutz gehört allerdings nicht dazu.

Bei seinem Amtsantritt fusionierte Uribe das Umweltministerium mit dem Ministerium für Wohnungsbau und Infrastruktur zu einem Großministerium (Ministerio de Ambiente, Vivienda y Desarrollo Territorial). Kritiker bemängeln, dass seither die Grundversorgung der Bevölkerung und das Wirtschaftswachstum die Umweltpolitik verdrängt hätten. Regionale und nationale Umweltbehörden lassen Führung und Kohärenz vermissen. Das Fehlen eines Umwelt-Informationssystems (das eigentlich 1993 beschlossen wurde) hat zur Folge, dass der Verbrauch der natürlichen Ressourcen nicht gemessen werden kann. Haushaltsmittel, die für Umweltbehörden bestimmt sind, verzeichnen eine rückläufige Tendenz.

Keine der traditionellen oder neuen politischen Parteien des Landes hat bisher den Umweltschutz für sich als Thema entdeckt. Der Versuch, eine Art Grüne Partei zu etablieren, scheiterte dramatisch mit der Entführung der Franco-Kolumbianerin Ingrid Betancourt durch die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) im Februar 2002 während des Präsidentschaftswahlkampfes. Betancourt war Vorsitzende und Gründerin der Partei Oxígeno (Sauerstoff), die nach Betancourts Entführung jedoch in der politischen Bedeutungslosigkeit versank.

PROBLEM-FAKTOREN

Ein großer Streitpunkt in der Naturschutz-Debatte Kolumbiens ist der massive Einsatz des Pestizids Glifosat, das seit Jahren in Sprühaktionen aus der Luft zur Vernichtung von Coca-Pflanzen genutzt wird. Umweltexperten halten diesen Stoff nicht nur für die Flora, sondern auch für Menschen für schädlich. In weiten Gebieten werde der Naturhaushalt zerstört und der Artenreichtum des Landes gefährdet. Die europäischen Staaten haben dieses Vorgehen der kolumbianische Regierung mehrheitlich kritisiert, die zwar die Anbaufläche, nicht jedoch die Drogenproduktion deutlich reduzieren konnte, während die US-amerikanische Regierung den Einsatz von Glifosat im Hilfspaket für Kolumbien (Plan Colombia) gezielt unterstützt.

Innenpolitische Kritik hat das Waldgesetz von 2005 hervorgerufen, das weniger die natürlichen Ressourcen schützt als die ökonomischen Interessen der Holzindustrie und der Miningesellschaften. Besonders die

indigene und afro-kolumbianische Bevölkerung haben sich gegen dieses Gesetz gewehrt, da der Großteil der Waldflächen in ihren Lebensräumen existiert.

Der größte Anteil an Treibhausgasen macht in Kolumbien die Verfeuerung von Brennstoffen zur Energiegewinnung aus. Im Jahr 2000 pustete das Land insgesamt 117.000 Tonnen CO₂ in die Luft. 80 Prozent davon wurden zur Gewinnung von Energie verbraucht. Eine schwache staatliche Zentralmacht, die bergige und oft unzugängliche Geografie des Landes haben dazu geführt, dass viele kleine und mittlere Kraftwerke im Land verstreut sind. Das hat den Vorteil, dass die Stromversorgung durch Anschläge der bewaffneten Gruppen weniger flächendeckend gefährdet ist, führt jedoch auch dazu, dass Umweltstandards schwierig durchzusetzen und zu kontrollieren sind. Verbrannt werden Erdöl, Gas, Kohle und zum privaten Gebrauch Holz. Der Einsatz von erneuerbaren Energien ist noch sehr gering.

Die internationale Autoindustrie drängt verstärkt auf den kolumbianischen Markt, da die Fahrzeugdichte im Land pro Einwohner mit 1 zu 17 noch relativ niedrig ist. Die Stadtplaner sind jedoch schon jetzt mit dem wachsenden Verkehr überfordert. Im Jahr 2002 führen 2,6 Millionen Fahrzeuge auf Kolumbiens Straßen, davon 52 Prozent Pkw. Durch die Verschärfung von Kontrollen des rotierenden Fahrverbots seit September 2006 konnten zumindest für die Einwohner von Bogotá eine leichte Verbesserung der Luftqualität erreicht werden.

NATIONALE ANSTRENGUNGEN UND INTERNATIONALE ABKOMMEN

Kolumbien unterzeichnete das Abkommen zum Klimawandel, das auf dem UN-Gipfel 1992 verabschiedet wurde, im Jahre 1994. Das anknüpfende Kyoto-Protokoll (1997) wurde von Kolumbien 2000 ratifiziert. Das damalige Umweltministerium hatte die Inhalte der Abkommen aufgegriffen und verschiedene Maßnahmen angestoßen. Darunter sind unter anderem eine Studie zum sauberen Wirtschaften, Forst-Projekte zur Steigerung der Absorbierung von CO₂ und Maßnahmen zur Weiterbildung und Sensibilisierung. Mit Mitteln der Weltbank und der Schweizer Regierung kam 1999 die Nationale Strategie-Studie zur Nachhaltigen Entwicklung zu Stande.

Kolumbien trug im Jahr 2000 zum dritten Bericht des Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC, ein Bestandteil des UN-Systems von Rio) einige wichtige Initiativen bei. Darunter ist der Vorschlag, Steuern für Betriebe zu senken, die umweltfreundliche Technologien verwenden, den Einsatz von Gas in Pkw und den Gebrauch von alternativen Energien zu fördern. Zusammen mit Kanada, Belgien und Australien führte



Die umfangreichen Rodungen der Regenwälder in Lateinamerika trägt zur Erderwärmung bei.

Kolumbien in den Sitzungen die Länder an, welche die Notwendigkeit der Walderhaltung als Bestandteil des Klimaschutzes einbrachten. Außerdem unterstützte Kolumbien zusammen mit Brasilien die Initiative, Biokraftstoffe als Faktor zur Verringerung der Treibhausgase anzuerkennen. Die anderen Länder unterstützten diesen Vorschlag, der ins Abschlussdokument aufgenommen wurde.

VERWUNDBARKEIT

Obwohl Kolumbien lediglich 0,025 Prozent des weltweiten Kohlendioxids produziert, ist sein Ökosystem durch den Klimawandel besonders verwundbar. Im kolumbianischen Territorium, das 0,77 Prozent der Erdoberfläche bedeckt, existiert zwischen 10 und 15 Prozent der weltweiten Biodiversität. In dem Land sind fast alle Klimazonen zu finden, von Tropen über Wüste bis Dauergletscher. Bei einem Anstieg der globalen Temperaturen von durchschnittlich ein bis zwei Grad und einer Veränderung der Niederschläge um plus/minus 15 Prozent bis 2050 würden nach Schätzungen 78 Prozent der Gletscher verschwinden. Experten warnen nicht nur vor einer Zerstörung der Artenvielfalt, sondern auch vor Versorgungsproblemen bei der Ressource Wasser. Andererseits, würde der Meeresspiegel bis 2050 um 40 Zentimeter in der Karibik und um 60 Zentimeter im Pazifik steigen, wären 64 bzw. 83 Prozent der Küstenstreifen von Überflutungen bedroht. Krankheiten wie Dengue und Malaria würden auch in den Landstrichen zunehmen, die bisher davon verschont sind.

FAZIT

Das Thema Umweltschutz wird stark von innenpolitischen Problemen überlagert. Die Medien des Landes sind generell sehr national orientiert und auf den bewaffneten Konflikt fokussiert. Internationale Nachrichten werden ungenügend reflektiert. Das mag zusätzlich dazu beitragen, dass der Klimawandel bisher kein großes Thema in der kolumbianischen Debatte geworden ist und kein geschlossenes Politikkonzept zu diesem Problem erkennbar ist.